

Grundsatzrede von Christian Ude zur Inneren Sicherheit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich begrüße Sie sehr herzlich heute hier im Bayerischen Landtag. Ich bedanke mich bei der SPD-Landtagsfraktion und besonders bei ihrem Vorsitzenden Markus Rinderspacher für die Gelegenheit, Ihnen meine Vorstellungen von der Zukunft der Inneren Sicherheit im Freistaat darzulegen.

Der Staat kümmert sich ja wirklich um viele Dinge, bei denen nicht immer zweifelsfrei klar ist, ob er sich darum auch wirklich kümmern sollte. Wenn zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium für 120.000 Euro Tüten mit Heu an Schulklassen verschickt, darf man den Sinn dieses staatlichen Handelns sicherlich in Frage stellen.

Aber bei der Inneren Sicherheit gibt es darüber keinen Zweifel. Es ist unbestritten eine der Hauptaufgaben des Staates, dafür zu sorgen, dass die Bürger in Frieden leben können. Dass sie sich nicht sorgen müssen um ihre persönliche Sicherheit, die Verteidigung ihres Besitzes und das Überleben ihrer Familien. Der von Max Weber geprägte Begriff des „Gewaltmonopols des Staats“ bringt es auf den Punkt. Und auch wenn ich das negative Menschenbild des englischen Staatsphilosophen Thomas Hobbes nicht teile, wonach „der Mensch dem Menschen ein Wolf“ sei, bin ich doch klar seiner Meinung, dass es des Staates bedarf, um ein zivilisiertes Leben zu ermöglichen. Dies ist zugleich ein klares Bekenntnis zum staatlichen Gewaltmonopol.

Dieses Bekenntnis bedeutet für mich auch im Angesicht aktueller Protestbewegungen, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit keineswegs eine polizeiliche Überlegenheit oder eine Strategie der Deeskalation durch Stärke verbietet. Im Gegenteil: Wer das Gewaltmonopol bejaht, muss eine polizeiliche Überlegenheit in Konfliktsituationen ausdrücklich befürworten. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Jedoch, wie bereits Benjamin Franklin so richtig gesagt hat: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“ Wichtig ist hier die Balance.

Insofern kommt Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von Sicherheitsbehörden, Polizei, Justiz und Rettungswesen eine große Aufgabe zu. Sie sorgen, vom Volk über Gesetze legitimiert, dafür, dass der Staat diese, seine wohl wichtigste Aufgabe erfüllen kann. Ich weiß, dass dies von Ihnen viel Engagement, Gemeinsinn und auch Opferbereitschaft verlangt. Auf Ihren Schultern liegt die Verantwortung für die Sicherheit Ihrer Mitbürger. Und leider erhalten Sie dafür vom Staat nicht immer die benötigte oder auch nur ausreichende Unterstützung.

Hier muss sich etwas ändern. Innere Sicherheit und Freiheit, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger werden für mich als Ministerpräsident höchste Bedeutung haben, wie es auch 20 Jahre lang für mich als Oberbürgermeister der sichersten Millionenstadt Europas selbstverständlich war.

Lassen Sie mich nun auf einige Bereiche eingehen und Ihnen hier meinen politischen Ansatz erläutern, meine Rezepte und meine Lösungen aufzeigen.

POLIZEI

Schauen wir zunächst einmal auf den Zustand der bayerischen Polizei, zu dem ich mich schon auf dem diesjährigen Polizeitag der SPD-Landtagsfraktion im Plenarsaal des Maximilianeums geäußert habe. Bayern ist im deutschen Vergleich das sicherste Bundesland. Das ist in erster Linie der hohen Einsatzbereitschaft der bayerischen Polizistinnen und Polizisten zu verdanken. Doch zu welchen Kosten? Die Lasten werden oft von den einzelnen Beamten persönlich getragen. Beispiele: Personalengpässe, Herausforderungen durch die besonderen Gefahrensituationen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder bei Unfällen und in der Folge hohe psychische Belastungen und Gesundheitsschäden.

Das sind die Bedingungen, unter denen die CSU-Staatsregierung die Polizei im Freistaat arbeiten lässt. Ohne das große persönliche Engagement der Beamtinnen und Beamten sowie auch der Angestellten im Polizeidienst sähe es finster aus. Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie sich so mutig und aufopferungsvoll für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, ja der gesamten Gesellschaft, einsetzen.

Eine SPD-regierte Staatsregierung wird für eine Reihe konkreter Verbesserungen sorgen. Das verspreche ich Ihnen hier und heute. Wir werden bis 2018 pro Jahr mindestens 1.000 Beamte neu einstellen. Diese Zahl geht über das hinaus, was ohnehin nötig wäre, um die Abgänge in den Ruhestand auszugleichen. Wenn wir darauf vertrauen wollen, dass der Staat uns schützt, müssen wir auch die dafür nötigen Gelder in die Hand nehmen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken. Die CSU hat sehenden Auges viel zu spät Neueinstellungen bewilligt und die Warnungen der Gewerkschaft der Polizei und der Deutschen Polizeigewerkschaft, deren Vertreter ich hier ebenfalls herzlich begrüße, in den Wind geschlagen.

Flickschusterei, wie sie derzeit aus der Not heraus betrieben wird, ist keine nachhaltige Lösung. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht jüngst den Finger in die Wunde gelegt und am Beispiel der Schleierfahndung dargelegt, wie das Innenministerium herumwerkelt. In dem ORH-Bericht heißt es, ich zitiere: „Die Schleierfahndung wurde bisher vom Innenministerium stets als unverzichtbarer Teil der Kriminalitätsbekämpfung angesehen. Sofern dies aus polizeitaktischen Gründen weiterhin für erforderlich gehalten wird, muss nach Auffassung des ORH sichergestellt sein, dass die dafür spezialisierten Beamten nicht für andere Aufgaben – insbesondere im normalen Schichtbetrieb – herangezogen werden.“

Einerseits betont die Staatsregierung den großen Wert der Schleierfahndung und feiert öffentlichkeitswirksam die Erfolge. Andererseits gräbt sie dieser Spezialtruppe gleichzeitig das Wasser ab, indem sie sie für Routineaufgaben einsetzt. Wie gut, dass der Rechnungshof dies dem Innenminister nicht durchgehen lässt und ein amtliches Attest seiner Versäumnisse ausstellt. Genauso kritisch sehe ich die Pläne, die Polizeipräsenz auf dem Land weiter auszudünnen und an größeren Standorten zu konzentrieren. Wir brauchen die wohnortnahe Polizei, die sich vor Ort auskennt, ansprechbar ist und den Bürgern ein intensives Sicherheitsgefühl vermittelt. Beim Aspekt Sicherheitsgefühl muss ich auch ein kritisches Thema ansprechen. Das Vertrauen der Bürger in die bayerische Polizei ist zu Recht sehr hoch. Umso mehr dürfen wir es nicht zulassen, dass polizeiliches Fehlverhalten unter den Teppich gekehrt wird. So etwas schadet allen korrekten und pflichtbewussten Beamtinnen und Beamten. Ich bin jedoch gegen eine Dramatisierung der Situation. Bei über einer Million Einsätzen im Jahr liegt die Zahl der Verstöße durch Beamte im Promillebereich. Eine externe Ermittlungseinheit für interne Vorfälle ist nach

meiner Auffassung nicht nötig. Die beiden existierenden internen Ermittlungsstellen der Polizei in Nürnberg und München, die jüngst dem Landeskriminalamt unterstellt wurden, reichen derzeit aus. Aber richtig ist auch: Die bayerische Polizei kann keine schwarzen Schafe in ihren Reihen dulden. Falsch verstandene Solidarität unter Kollegen oder gar ein unseliger Korpsgeist sind Irrwege. Für Polizisten gelten in der Gesetzestreue keine Sonderregeln. In der Aus- und Weiterbildung muss besonderer Wert auf die Vermittlung von Deeskalationsstrategien gelegt werden. Aber auch der Staat ist in besonderer Verantwortung, für seine Polizisten zu sorgen. Statistisch gesehen wird in Bayern jeder dritte Polizeibeamte in Ausübung seines Dienstes Opfer von Gewalt. Die bereits erfolgte Verschärfung des § 113 StGB über den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte reicht nicht aus: Für im Einsatz traumatisierte Beamte werden wir den zentralen psychologischen Dienst der bayerischen Polizei aufstocken und die Polizeiseelsorge verstärken. In Ausübung ihres Dienstes verletzte Polizeibeamte müssen durch den Dienstherrn besser unterstützt werden. Bei der Durchsetzung von Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen werden die Polizisten bislang allein gelassen. Der Freistaat muss hier in Vorleistung gehen. Ein tagtägliches Ärgernis für viele Polizistinnen und Polizisten sind mangelnde und unmoderne Ausrüstung, alte und abgenutzte Fahrzeuge sowie marode Dienstgebäude. Diese Investitionen müssen dringend angegangen werden. Für die Anschaffung von Polizeifahrzeugen werden wir für 2014 zehn Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen – angesichts der Milliarden, die von der Staatsregierung für die Rettung von der von ihr verantworteten Beinahe-Pleite der maroden Landesbank ausgegeben werden mussten, ist die Summe immer noch ein Klacks – und ich glaube, bei der Polizei ist dieses Geld besser angelegt. Wir werden mehr Geld für moderne Ausrüstung und für die Sanierung von Immobilien einplanen. Außerdem halte ich nichts davon staatliche Immobilien zu verkaufen, um sie dann teuer zurückzumieten. Aber es fehlt bei der bayerischen Polizei nicht nur an den großen Investitionen, sondern sogar an dem Selbstverständlichen. Zum Beispiel die Aufstockung des Dienstkleidungszuschusses: Dieser ist seit 2002 nicht angehoben worden und beträgt noch immer 22,50 Euro. Wir werden den Dienstkleidungszuschuss auf 50 Euro anheben. Wegen der hohen Lebenshaltungskosten ist der Dienst in den Ballungsräumen für Polizeibeamte nicht attraktiv. Die Ballungsraumzulage von 75 Euro wurde seit ihrer Einführung 1998 (!) nicht erhöht. Das ist angesichts der enorm gestiegenen Mietkosten ein Skandal! Wir werden die Ballungsraumzulage verdoppeln. Und wir werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei der Wohnungssuche in Ballungsräumen unterstützen. Leider werden

die bislang staatlichen Wohnungen der GBW AG dafür nicht mehr zur Verfügung stehen. Die verscherbelt Finanzminister Söder gerade meistbietend. Und noch ein wichtiger Punkt: der Ausbau der Betreuung für Kinder von Polizisten. Eine sozialdemokratische Staatsregierung wird den Ausbau – insbesondere für Eltern im Schichtdienst – vorantreiben und arbeitsplatznahe Kinderbetreuungsmöglichkeiten schaffen.

STRAFVOLLZUG

Ich freue mich, dass auch Vertreter des Strafvollzugs heute der Einladung der Landtagsfraktion zu dieser Veranstaltung gefolgt sind. Ich weiß, dass auch Sie unter schwierigen Arbeitsbedingungen leiden. Wir streben eine Aufstockung der Personalstärke um 600 Bedienstete an, um die prekäre Situation etwas zu entschärfen. Ich habe in der Süddeutschen Zeitung gerade erst den Bericht über die zunehmende Gewalt durch Häftlinge gelesen – mein großer Respekt für Ihren Mut und Ihren Einsatz!

FEUERWEHREN UND RETTUNGSDIENSTE

Es ist schön, heute auch zahlreiche Vertreter der Feuerwehren und Rettungsdienste hier begrüßen zu dürfen. Neben Polizei und Justiz sind sie die wichtigsten Akteure im Bereich Innere Sicherheit. Der Bayerische Landtag hat gerade dafür gesorgt, dass Mitarbeiter von Rettungsdiensten denen von Freiwilligen Feuerwehren gleich gestellt werden, was die Freistellung von der Arbeit während und nach einem Einsatz sowie die Ruhezeit nach einem Einsatz in der Nacht betrifft. Es hat lange genug gedauert, bis diese Benachteiligung aus der Welt geschafft wurde. Gut, dass dies jetzt gelungen ist. Feuerwehren und Rettungsdienste stützen sich in der weit überwiegenden Mehrheit auf die Hilfsbereitschaft von Ehrenamtlichen. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft kälter und unmenschlicher. Wir können den Einsatzkräften gar nicht genug danken für ihr Engagement, bei Tag und Nacht sowie an Feiertagen, bei Kälte wie bei Sommerhitze. Unser aller Ziel ist, die Einsatzbereitschaft im Alarmfall zu garantieren. Ich betrachte die Förderung der rund 7.700 Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat mit über 325.000 ehrenamtlichen Feuerwehrleuten nicht nur als Angelegenheit der Kommunen, sondern als ein wichtiges Anliegen der Landespolitik. Dabei denke ich auch an eine materielle Unterstützung. Dies gilt insbesondere bei der Nachwuchsrekrutierung. Die staatlichen Feuerweherschulen in Geretsried, Lappersdorf bei Regensburg und Würzburg müssen bedarfsgerecht mit Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. Nicht minder wichtig ist die technische Ausstattung der Feuerwehren. Das Horten von Einnahmen aus der

Feuerschutzsteuer ist inakzeptabel. Die seit 2005 Jahr für Jahr einbehaltenen „Ausgabereste“, die sich mittlerweile auf über 60 Millionen Euro belaufen, müssen so rasch wie möglich per Sonderförderprogramm an die Feuerwehren und Ausbildungseinrichtungen weitergereicht werden. Da viele Kommunen aufgrund ihrer Haushaltslage nicht dazu in der Lage sind, werden wir mit diesen Mitteln unter anderem Gerätewagen, ein Sonderprogramm für den Katastrophenschutz, die Beschaffung von Flachwasserbooten und weitere notwendige Investitionen unterstützen. Eine Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehren in den Geltungsbereich der derzeit verhandelten EU-Arbeitszeitrichtlinie lehnen wir eindeutig ab. Würden die ehrenamtlich geleisteten Stunden auf die maximale Wochenarbeitszeit angerechnet, würde dies das Engagement vieler Feuerwehrleute unmöglich machen. Beim Feuerwehrtag der SPD-Landtagsfraktion habe ich dies im vergangenen Jahr näher ausgeführt. Es freut mich, dass wenige Tage später alle Landtagsfraktionen diese Position unterstützt haben.

DIGITALFUNK

Ein für die CSU besonders peinliches Kapitel ist die Einführung des Digitalfunks. Wir brauchen diese neue Technologie dringend, um den Sprechfunk der Polizei abhörsicher zu machen und vor allem auch, um die Kommunikation zwischen Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten zu erleichtern. Leider kann man hier nur von einem staatlichen Totalversagen sprechen. Der Anspruch der Regierung Seehofer, Bayern in die digitale Zukunft zu führen, zerschellt bei keinem Thema so kläglich wie beim Digitalfunk. Man stelle sich mal vor: eigentlich sollte diese Technologie bereits 2006 zur Fußball-Weltmeisterschaft zur Verfügung stehen! Wenn wir darauf gewartet hätten, hätte das „Sommermärchen“ nie stattgefunden! Durch die unkoordinierte, dilettantische Herangehensweise der CSU-Regierung kommt es seit Jahren zu immer neuen Verzögerungen und drastischen Kostensteigerungen. Während 2009 noch von 772,6 Millionen Euro die Rede war, wurden es 2010 schon 920,4 Millionen und seit 2012 werden nun über eine Milliarde Euro dafür geschätzt. In seinem aktuellen Jahresbericht kritisiert der Bayerische Oberste Rechnungshof das Verfahren vernichtend als – Zitat: „finanziellen Blindflug“. Bis heute gebe es „keine verlässliche Aussage darüber, ob, wann und mit welchem finanziellen Aufwand eine flächendeckende Nutzung des Digitalfunks“ in Bayern erreicht werden könne. Das Innenministerium müsse „seine Verantwortung für das Gesamtprojekt wirksamer wahrnehmen“, mahnen die staatlichen Kontrolleure des ORH. Ich werde das Projekt zur Chefsache machen, um das Milliardengrab nicht durch

fortgesetzten Dilettantismus noch größer werden zu lassen. Dies erfordert umfangreiche Information und Beteiligung von Kommunen und Bürgern bei der Findung geeigneter Antennenstandorte und eine kommunalfreundliche Kostenaufteilung zwischen Freistaat und Gemeinden.

INTERNETKRIMINALITÄT

Kommen wir nun zu einigen besonders drängenden Feldern der Inneren Sicherheit. So wird das Internet zunehmend für Straftaten missbraucht. Die Delikte sind zum Teil ebenso verabscheuungswürdig wie vielfältig: Verbreitung von Kinderpornographie, Verbreitung extremistischer Propaganda, Betrug beim Einkauf und mit Kreditkarten, Urheberrechtsverletzungen, Illegaler Verkauf von Waffen oder Medikamenten, Diebstahl digitaler Identitäten. Die Internetkriminalität in Bayern hat sich in den letzten fünf Jahren nahezu verdoppelt. Von 5.858 Fällen im Jahr 2007 ist sie auf 11.055 Fällen im Jahr 2012 angestiegen. Experten sprechen vom Internet als „Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts“. Die Schäden gehen in die Milliarden. Obwohl dieser Trend seit Jahren erkennbar ist, hat die Staatsregierung nur unzureichend reagiert. Im Jahre 2011 wurden ganze 25 IT-Spezialisten bei der Polizei eingestellt (5 beim LKA und 20 bei den Flächenpräsidien). Diese werden so schlecht bezahlt, dass drei schon wieder gekündigt haben. Um die Straftaten im Netz von Anfang an zu unterbinden, ist es vor allem erforderlich, die Polizeibehörden so mit Sachmitteln und Knowhow auszustatten, dass die Strafverfolgung mit den Kriminellen mithalten kann. Nach dem Bundeslagebild 2011 des BKA entwickelt sich das Phänomen Cyber-Crime weiterhin dynamisch. Sicherheitsmaßnahmen werden sehr schnell durch geeignete Schadsoftware überwunden, die Täter sind extrem anpassungsfähig. Hier müssen die Strafverfolgungsbehörden mithalten können. Mir erscheinen hier vor allem folgende Maßnahmen geeignet: Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal – das bekommen wir nur, wenn wie diese Spezialisten auch besser bezahlen. Es geht bei der Internetkriminalität um viel Geld. Das finanzielle Risiko für die Bürgerinnen und Bürger ist enorm. Da müssen wir professionell dagegenhalten – und sei es durch den Einsatz von zivilen Spezialisten, die besser bezahlt werden können. Auch die Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen wie Computerclubs, Verbraucherberatungsstellen und Universitäten erscheint mir sinnvoll, bis hin zur Einbindung von „Aussteigern“ aus der Szene. Besonders wichtig ist ein enger Austausch zwischen den EU-Mitgliedsstaaten – nur so kann den global agierenden Internetkriminellen wirksam entgegengetreten werden.

EXTREMISMUS

Die Verbreitung extremistischer Propaganda im Internet habe ich gerade schon kurz angesprochen. Das Netz ist auch hier leider Spiegel der realen Welt. Natürlich nimmt auch der religiöse Extremismus stetig an Gefährlichkeit zu, im Alltag sind es jedoch die Rechtsextremisten, die die größten Probleme bereiten. Bayern hat eine Neonazi-Szene, die mehrere tausend Personen umfasst. Diese Szene ist seit vielen Jahren äußerst gewaltbereit, was sich bereits beim schrecklichen Oktoberfestattentat und nun bei der Mordserie des NSU, der in Bayern fünf Menschen zum Opfer fielen, zeigt. Der Rechtsextremismus stellt ein gesellschaftliches Problem dar, dem eine neue Staatsregierung – neben sozialpolitischen Maßnahmen – auch mit den Mitteln der Sicherheitspolitik begegnen muss. Im Kern liegen die Kompetenzen hier beim Landeskriminalamt und beim Verfassungsschutz. Wobei letzterer unzweifelhaft dringend reformiert werden muss. Wir werden analog zur Vorgehensweise in NRW beim LKA ein Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus einrichten, das alle relevanten Informationen zusammenführt und bewertet. In besonderen Fällen – bspw. bei rechtsterroristischen Aktivitäten – übernimmt das Kompetenzzentrum zentral die Ermittlungen. Das Landesamt für Verfassungsschutz wird reformiert und zurückgeführt auf seine Kernaufgaben: Informationsbeschaffung und -verwertung sowie Weitergabe der Erkenntnisse. Der Verfassungsschutz hat im Bereich der Pädagogik oder zivilgesellschaftlicher Bündnisse nichts zu suchen. Dringend reformiert und dramatisch eingeschränkt werden muss das V-Mann- (Un)Wesen. Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes und seiner Methoden muss deutlich ausgebaut werden. Die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse des Bundestages und des Bayerischen Landtags zum Versagen des Verfassungsschutzes bei den Ermittlungen gegen den NSU werden eine zentrale Grundlage für die Ausarbeitung von Reformen liefern. Diese Veränderungen im sicherheitspolitischen Bereich flankieren ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, das zusammen mit einer eigenen Koordinierungsstelle beim Ministerpräsidenten angesiedelt wird und einem eigenen Jugendprogramm gegen Rechtsextremismus angesiedelt wird. Liebe Frau Knobloch, seien Sie versichert, der Kampf gegen Rechtsextremismus und religiösen Extremismus wird eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik einer SPD-geführten Staatsregierung spielen. Wehret den Anfängen! Wir werden den Druck auf die rechtsextreme Szene erhöhen: Dazu gehören Personenkontrollen und die Kontrolle von rechtsextremen Szenetreffpunkten, wann immer sich die rechtliche Möglichkeit dazu bietet sowie sogenannte Gefährderansprachen und

das offene Begleiten extrem rechter Veranstaltungen als Zeichen der Präsenz des Rechtsstaates. Um die Sensibilität der Polizisten zu erhöhen, werden wir spezielle Aus- und Weiterbildungen einführen, die es jedem Beamten und jeder Beamtin ermöglichen, rechtsextreme und rassistisch motivierte Straf- und Gewalttaten als solche zu erkennen. Selbst wenn dies dazu führen sollte, dass die Zahl der statistisch erfassten extremistischen Straftaten dadurch steigt. Ich will Klarheit über das Ausmaß der Gefahr – ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten. Deshalb werden wir auch die polizeiliche Erfassung rechtsextremistisch motivierter Delikte nach dem Beispiel von Nordrhein-Westfalen verändern: Dort werden seit Anfang 2012 nicht nur die augenscheinlich politisch motivierten, sondern alle Straftaten von Rechtsextremisten gesondert in der Statistik ausgewiesen. Dies zeigt nach einer aktuellen NRW-Statistik die hohe kriminelle Energie der Neonazis: Auf nahezu jedes bekannt gewordene politisch motivierte Gewaltdelikt von Rechtsextremen kommen dort zwei weitere Gewaltdelikte ohne direkten politischen Hintergrund. Rechtsextreme Straftäter sind also noch gefährlicher als es allein die Zahl der politisch motivierten Taten zeigt. Natürlich sollen Rechtsextremisten auch nicht legal Schusswaffen besitzen dürfen. Das klingt banal, wird aber bislang nicht umgesetzt! Nach dem Waffengesetz gelten Antragsteller wie Waffenbesitzer als unzuverlässig, wenn sie Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung verfolgen oder unterstützen. Bisher gibt es aber keine Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz, um Erkenntnisse über die Verfassungsfeindlichkeit des Antragstellers für eine waffenrechtliche Erlaubnis zu erlangen. Daher wird der Verfassungsschutz künftig immer bei der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung beteiligt und verpflichtet hier proaktiv tätig zu werden.

WAFFEN

Wenn wir schon beim Thema Waffen sind. Wir müssen hier deutlich unterscheiden zwischen völlig unterschiedlichen Bereichen: Auf der einen Seite Verbrecher, die Waffen benutzen, um Menschen zu schädigen und auf der anderen Seite Sportschützen oder Jägern, die ein berechtigtes Anliegen haben, aus legitimen Motiven Waffen zu besitzen. Ich lasse hier keine populistische Vermengung dieser beiden Bereiche zu. Ich habe dazu gemeinsam mit den Experten der Landtagsfraktion ein ergiebiges Gespräch mit dem Landesverband der Schützen geführt. Nach der aktuellen Waffenstatistik gab es zum 31.12.2012 in Bayern 288.057 Waffenbesitzer mit insgesamt 1,15 Mio. Schusswaffen. Das sind 7.000 Personen und 50.000 Waffen weniger als bei der letzten Erhebung Ende 2010. Dass Waffen gefährlich sind, wird Ihnen jeder, der den Umgang damit gewohnt ist,

bestätigen. Deshalb müssen hier besondere Sicherheitsmaßnahmen auch für den Sport gelten. Eine Pistole ist nun einmal etwas grundsätzlich anderes als ein Fußball. Die bisherigen Empfehlungen des Bayerischen Innenministeriums sehen lediglich stichprobenartige Waffenkontrollen vor, die in der Regel auch noch vorher angekündigt werden sollen. Dies jedoch steht im Widerspruch zu dem, was der Gesetzgeber nach den Ereignissen in Winnenden mit der Verschärfung des Waffenrechts erreichen wollte. In der entsprechenden Gesetzesbegründung ist explizit ausgeführt, dass „ein wirksamer Schutz nur erreicht werden kann, wenn mit einer verdachtsunabhängigen Kontrolle (...) gerechnet werden muss und dadurch sowohl das Risiko des Waffenmissbrauchs als auch die Notwendigkeit sorgfältiger Aufbewahrung jederzeit im Bewusstsein ist“. Was es daran zu kritisieren geben könnte, ist mir völlig unverständlich. In den Jahren 2011 und 2012 wurde die sichere Waffenaufbewahrung nur bei rund 4,7 Prozent der Waffenerlaubnisinhaber in Bayern vor Ort tatsächlich kontrolliert. Das ist viel zu wenig! Deshalb führt das Kreisverwaltungsreferat München – abweichend von der Vorgabe des Bayerischen Innenministeriums – bereits jetzt unangekündigte Kontrollen durch und geht über die vom Innenministerium sehr niedrig gewählte Kontrolldichte hinaus. Auch die Polizeigewerkschaften kritisieren die geringe Kontrolldichte und das Fehlen unangemeldeter Kontrollen. Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird diese erfolgreiche „Münchner Linie“ landesweit praktizieren. Ich habe mit vielen Schützen über dieses Thema gesprochen und verstehe ihren Protest gegen Pauschalverdächtigungen. Gleichwohl bestehe ich auf unangemeldeten Kontrollen. Nur so können Versäumnisse abgebaut werden, auch zum Nutzen und Ansehenserhalt der Schützen. Zugleich versichere ich: Mit der SPD wird es keine Waffensteuer geben. An der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Sportschützenvereinen wird nicht gerüttelt. Die gesellschaftliche Bedeutung des Schützensports und der Schützenvereine ist für uns ein hohes Gut.

VIDEOÜBERWACHUNG

Ebenfalls um die Bedeutung von Kontrolle für eine höhere Sicherheit geht es bei der Frage der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln. Hier möchte ich gleich von vornherein meinen Standpunkt deutlich machen: Ich halte eine offene, für jedermann erkennbare Videoüberwachung – auch im ÖPNV – für geeignet, um eine Reduzierung von Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten zu erreichen. Sie kann zudem das Sicherheitsgefühl der dort lebenden, arbeitenden oder sich aufhaltenden Menschen erhöhen. Die Videoüberwachung ermöglicht eine erhöhte polizeiliche „Präsenz“,

verbunden mit einer raschen Reaktion auf sich abzeichnende Probleme. Die Videoüberwachung darf aber auch nie einziges Mittel sein. Hinzukommen müssen immer flankierende weitere Maßnahmen, wie ich sie als Münchner Oberbürgermeister zum Beispiel am ehemaligen Drogen und Kriminalitätsschwerpunkt Orleansplatz unterstützt habe. Dazu gehören eine höhere Präsenz von Streetworkern und Polizeibeamten sowie der Erlass von Aufenthaltsverboten. Der Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage hat in jedem Einzelfall eine sehr sorgfältige Abwägung vorauszugehen, in der die Risiken und Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit den Vorteilen für die Sicherheit gegenüber zu stellen sind. Dieser Abwägungsprozess muss auch bei der Frage über das Fortbestehen einer Videoüberwachung stattfinden. Innenminister Herrmann hat in der Plenardebatte am 05. März zum wiederholten Mal betont, dass in München und Nürnberg in enger Abstimmung mit den beiden Oberbürgermeistern im öffentlichen Raum mehr Videokameras aufgestellt wurden und dadurch insbesondere München die sicherste Großstadt in Deutschland ist. Und es gilt auch für Joachim Herrmann: „Wo er Recht hat, hat er Recht.“ Ich kann die Einschätzung des SPD-Landtagsabgeordneten Florian Ritter hingegen nicht teilen, dass es sich hier um „Wildwuchs“ handle. Videoüberwachung ist nicht per se Teufelszeug, sondern kann als ein Baustein unter verschiedenen Maßnahmen dazu beitragen, die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Menschen zu verbessern. Gerade im Bereich des ÖPNV kann die Videoüberwachung maßgeblich dazu beitragen, Vandalismus einzudämmen, Täter abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. Um aber Innenminister Herrmann auch nicht zu sehr zu loben, muss ich schon noch anmerken, dass der vergangene Woche von ihm mit Stolz verkündete Ausbau der Videoüberwachung bei der Münchner Verkehrsgesellschaft nicht ihm zu verdanken ist. Dafür sind allein die Landeshauptstadt und ihr Verkehrsunternehmen verantwortlich, die das auch finanziert haben. Selbst eine Förderung der neuen Notrufsäulen in der Münchner U-Bahn, die Herrmann ebenfalls prima findet, hat der Freistaat abgelehnt.

DROGENSCHMUGGEL

Ein Thema, das mir zunehmend Sorge bereitet ist der Drogenschmuggel im tschechisch-bayerischen Grenzgebiet. Die Oberpfalz wird in den Medien bereits als „Hochburg“ der synthetischen Droge Crystal Speed bezeichnet. Die Zahl der Abhängigen insbesondere im Grenzbereich steigt erschreckend an. Ich habe mich selbst im vergangenen Dezember bei Polizei und Zoll an der Grenze in Furth im Wald informiert. Und ich bin alarmiert, wie sich diese Drogenkriminalität in Richtung der großen Städte ausweitet, wie sie alle

Bevölkerungs- und Altersschichten erfasst. Es handelt sich hier um eine tickende Zeitbombe! Die Schleierfahndung hat bei der Bekämpfung des Schmuggels erheblich an Bedeutung gewonnen – die Aufgriffszahlen steigen seit Anfang 2010 erheblich. Gleichzeitig besteht bei den bayerischen Sicherheitsbehörden akuter Personalmangel. Der Oberste Bayerische Rechnungshof stellt bezüglich der Schleierfahnder an der Grenze unbestechlich und amtlich fest: „Ein effizienter Einsatz dieser Beamten wird dadurch eingeschränkt, dass sie zum Beispiel zur Aufrechterhaltung des Schichtdienstes in Kleinstdienststellen für allgemeine polizeiliche Aufgaben herangezogen werden.“ Außerdem gibt es nach Einschätzung der Experten der SPD-Landtagsfraktion zu wenige Tschechisch-Sprachkurse für bayerische Polizeibeamte und zu selten gemeinsame Streifen tschechischer und bayerischer Polizeibeamten auf den sogenannten Vietnamesenmärkten, wo ein Großteil des Handels mit Crystal Speed stattfindet. Als Ministerpräsident werde ich aktiv auf meinen tschechischen Amtskollegen zugehen, um endlich eine wirksame Zusammenarbeit der Behörden auf beiden Seiten zu erreichen. Ich werde dafür sorgen, dass verstärkt Personal in das Grenzgebiet geschickt wird, um den Kontrolldruck zu erhöhen.

GEWALT IM FUSSBALL

Kommen wir nun zu einem Themenbereich der Inneren Sicherheit, der sich besonders öffentlichkeitswirksam abspielt: Gewalt im Umfeld von Fußballspielen. Dies ist seit fast zehn Jahren ein sehr ernst zu nehmendes Problem. Nicht nur in Bayern, aber auch. Mittlerweile leistet die bayerische Bereitschaftspolizei mehr als ein Drittel ihrer Einsätze bei Fußballspielen von der ersten bis hinunter zur Regionalliga. Wenn ich mir allerdings ansehe, wie viel Geld die Deutsche Fußballliga und der DFB mit der Ware Fußball einnehmen – allein die Fernsehrechte für vier Jahre kosteten 2,5 Milliarden Euro – muss die Frage erlaubt sein, ob die Verbände genug für die Sicherheit ausgeben. Ich bin der Ansicht, die DFL und der DFB müssen deutlich mehr Geld für Fanprojekte in die Hand nehmen als bisher. Ständig finden Fußballgipfel von DFB und DFL statt und die Gewalt nimmt nicht ab. Der Ruf nach mehr Polizei kann hier nicht die Lösung sein. Der Steuerzahler hat mit Recht kein Verständnis dafür, dass er für die Sicherheitsprobleme im Fußball nahezu allein aufkommen soll. Die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze in Düsseldorf erfasst zwar seit 1992 alle Straftaten im Bereich des Fußballs, aber die Kurve geht Jahr für Jahr weiter nach oben. 7.298 Verhaftungen, 8.143 Strafverfahren, 1.142 verletzte Personen, hat es 2011 im Bereich des Fußballs gegeben. Und es ist eine

deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft und der Brutalität bei Auseinandersetzungen zu beobachten. Das Instrument der Stadionverbote zieht offensichtlich nicht in dem Maße wie ursprünglich angenommen. Von 15.400 Stadionverbotsprüfungen haben nur 1.035 zu Stadionverboten geführt. Derzeit werden bundesweit 11.373 Personen als Gewalttäter eingestuft. Der Ausweg kann nach meiner Ansicht nur über den Umgang mit den Fans gefunden werden. Folgende Maßnahmen erscheinen hier sinnvoll: Die Vereine entsenden eigene Ordner mit zu den Auswärtsspielen. Dort liegt das größte Gefahrenpotential und die heimischen Ordner kennen die eigene Klientel. Vereine sollten vermehrt Sonderzüge für die eigenen Fans einsetzen, um die An- und Abreise besser kontrollieren und die Fanströme auseinanderhalten zu können. Als Anreiz für die Fans könnten diese Sonderzüge vom DFB bezuschusst werden. Bei den zukünftigen Fußballgipfeln müssen Fanvertreter mit an den Tisch. Die Vereine selbst sollten mehr Mut zeigen und ähnlich wie beim HSV Fan-Vertreter mit in den Aufsichtsrat nehmen.

ABSCHLUSS

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen in Grundzügen meine Konzepte und Ansätze für die Innere Sicherheit im Freistaat skizziert. Ich fasse hier noch einmal die wichtigsten Punkte zusammen: Die Sicherheitsorgane werden von der Staatsregierung bislang nicht ausreichend unterstützt. Personalmangel, Geldnot, veraltete Ausrüstung und Fahrzeuge sowie fehlende Fürsorge durch den Dienstherrn belasten die Polizei. Freiwillige Feuerwehren werden wegen der angespannten finanziellen Lage vieler Kommunen nicht ausreichend mit den nötigen Gerätschaften versorgt. Die Einführung des Digitalfunks droht am Dilettantismus der Staatsregierung zu scheitern. Der Rechnungshof spricht von „finanziellem Blindflug“. Zur Bekämpfung der Internetkriminalität brauchen wir eine engere Zusammenarbeit der Bundesländer und mehr besser bezahlte Spezialisten. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist eine der Hauptaufgaben einer SPD-geführten Staatsregierung im Bereich der Inneren Sicherheit. Der Verfassungsschutz und seine nachrichtendienstlichen Methoden müssen dringend reformiert werden. Waffenbesitzer müssen mit unangekündigten und häufigeren Kontrollen rechnen. Videoüberwachung kann das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen und bei der Aufklärung von Straftaten wichtige Dienste leisten. Beim Kampf gegen den Drogenschmuggel aus Tschechien müssen die bayerischen Fahnder personell verstärkt werden. Beim Kampf gegen Gewalt im Fußball sind vor allem die Sportverbände gefragt. Sie müssen die Fans stärker einbinden und die Prävention besser finanzieren.

Sie sehen: Es wird bei der insgesamt guten Sicherheitslage Bayerns nach einem Regierungswechsel keine einzige Verschlechterung geben, wohl aber einige konkrete Verbesserungen. Die meisten haben in der Tat mit zusätzlichen Finanzmitteln zu tun. Warum kann die SPD hier eine bessere Förderung in Aussicht stellen? Weil sie in krassem Gegensatz zu schwarz-gelb keine Steuergeschenke verspricht, sondern offen und ehrlich vor der Wahl sagt, dass zusätzliche Staatsaufgaben auch zusätzliche Einnahmen erfordern – das gilt für die Ausstattung der Kommunen, für das Bildungswesen, für die Infrastruktur und soziale Leistungen, aber eben auch für die Innere Sicherheit.